

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

Protokoll

7. Sitzung (nicht öffentlich)

5. Dezember 1990

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 bis 12.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Champignon (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1. Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Arzneimittelwesen

Vorlage 11/169

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

2. Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung in Remscheid durch Dioxinfunde infolge des Flugzeugabsturzes vom 8. Dezember 1988

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/37

Vorlagen 11/152, 11/163

Auf Antrag der SPD-Fraktion erklärt der Ausschuß gegen die Stimme der GRÜNEN bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. den Antrag für erledigt und benennt einvernehmlich Abgeordneten Champignon zum Berichterstatter.

3. Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG -

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/676

In Verbindung damit:

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes - AsylVfG DO -

Vorlage 11/140

Der Ausschuß beschließt die in der Anlage zu diesem Protokoll beigefügte Liste der Anzuhörenden und den Fragenkatalog.

4. **EntschlieÙung zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer - Prioritäten für die Jahre 1991/1992**

Bundesratsdrucksache 698/90
EG-Vorlage 11/9

Nach einem Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales vertagt der Ausschuß die Diskussion auf die Sitzung am 9. Januar 1991.

3. Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/676

In Verbindung damit:

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes - AsylVfG DO -

Vorlage 11/140

Siehe Ergebnisteil dieses Protokolls.

4. Entschließung zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer - Prioritäten für die Jahre 1991/1992

Bundesratsdrucksache 698/90
EG-Vorlage 11/9

Dazu trägt Minister Heinemann vor:

Bis zur Vollendung des Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft dauert es nicht mehr lange. Am 1. Januar 1993 wird der einheitliche Wirtschaftsraum geschaffen sein. Die EG-Bürger werden Freizügigkeit erlangt haben.

Die EG schickt sich an, sich darüber hinaus zu einer europäischen Union zu entwickeln. Der europäische Rat in Dublin hat beschlossen, Regierungskonferenzen für die Wirtschafts- und Währungsunion sowie für die politische Union